

"Formblatt A"

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

nach der Förderrichtlinie Tierheime – FÖR-TH (in der jeweils gültigen Fassung) nach Nr. 2.1

1. Antragsteller

Stadt Markt Gemeinde Verwaltungsgemeinschaft Verein

Name	Landkreis
------	-----------

Straße, Hausnummer	Postleitzahl	Ort
--------------------	--------------	-----

Vertretungsberechtigte bzw. bevollmächtigte Person
--

Telefon	E-Mail
---------	--------

Regierungsbezirk

Bankverbindung

Kreditinstitut	Kontoinhaber
----------------	--------------

IBAN	BIC
------	-----

Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 Nr. 3 Tierschutzgesetz vorhanden nicht vorhanden

2. Vorhaben

(Beschreibung des Vorhabens gemäß FÖR-TH mit Zeitplan; soweit erforderlich, ggf. auf gesondertem Blatt)

3. Begründung zur Notwendigkeit der Förderung und des Vorhabens

(Weshalb ist die Durchführung des Vorhabens ohne die Gewährung einer Zuwendung nicht möglich? Aus welchen Gründen wurde von einer Antragstellung bei anderen Stellen oder von einer Kreditaufnahme abgesehen? Bedeutung und beabsichtigte Wirkung der einzelnen Maßnahme/n für den Tierschutz?)



4. Gesamtkosten

Hinweis

Wenn der Antragsteller für diese Vorhaben zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, sind hier die Ausgaben **ohne** Umsatzsteuer anzugeben.

Euro

◀ Gesamtausgaben – ggf. lt. beiliegender Kostengliederung

Euro

◀ davon entfallen auf den zur Förderung beantragten Abschnitt
(Angabe nur bei größeren, selbständig nutzbaren Durchführungs- (Bau)-abschnitten, auf die auch die Finanzierung (Nr. 7) abgestellt ist. Zeitliche Aufteilung und damit Finanzierungsabschnitte ergeben sich aus Nr. 8).

Euro

◀ Von den der Finanzierung zugrunde gelegten Kosten (Nr. 7) sind zuwendungsfähig



5. Zu den Gesamtausgaben werden hiermit folgende Zuwendungen beantragt:

Zuwendungsbereich	Zuwendung Euro
Insgesamt	



6. Weitere Zuwendungen

Für das Vorhaben wurden bereits folgende weitere Zuwendungen beantragt bzw. bewilligt
*(bereits bewilligte oder in Aussicht gestellte Beträge sind mit einem * zu kennzeichnen):*

Zuwendungsbereich	Zuwendung Euro	Darlehen Euro
Insgesamt		



Sonstige Zuwendungen (z. B. Schuldendiensthilfen)

7. Finanzierung

Zuwendungen lt. Nr. 5	Euro	
Zuwendungen lt. Nr. 6	Euro	
Zuwendungen von Kommunen Zuwendungsgeber	Euro	
Beiträge Dritter Rechtsgrundlage (z. B. Art. 5 KAG)	Euro	
Darlehen mit Schuldendiensthilfe, Kredite o.ä.	Euro	
Übrige Eigenmittel (einschließlich Spenden)	Euro	
Gesamtkosten	Euro	

8. Von den Ausgaben fallen voraussichtlich an (bzw. sind angefallen):

Zeitraum	Euro	davon zuwendungsfähig Euro	
Im laufenden Jahr 20			
20			
20			
20			
20 und folgende			

9. Antrag auf vorzeitigen Vorhabenbeginn

Ich stelle/Wir stellen hiermit einen Antrag auf Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn:

Begründung:

10. Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben noch nicht begonnen ist und dass es auch nicht vor der Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids bzw. vor der etwaigen Einwilligung in den vorzeitigen Vorhabenbeginn in Angriff genommen wird.

11. Der Antragsteller erklärt, dass er für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug

berechtigt ist im Umfang

vom

nicht berechtigt ist

12. Der Antragsteller erklärt, dass die einschlägigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften eingehalten werden, für das zu fördernde Vorhaben alle notwendigen bestandskräftigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen gegenüber der Bewilligungsbehörde vorgelegt werden und den Belangen des Tierschutzes in den der Antragstellung vorangegangenen fünf Jahren Rechnung getragen wurde.

13. Der Antragsteller erklärt, dass ihm im Zusammenhang mit dem zu fördernden Vorhaben kein Rechtsstreit bekannt ist.

14. Der Antragsteller erklärt, dass Ausgaben und Finanzierungen für wirtschaftliche Tätigkeiten (*zum Beispiel Vermietung oder Verpachtung von Räumlichkeiten*) zur Vermeidung von Quersubventionen buchhalterisch eindeutig von Ausgaben und Finanzierungen für nichtwirtschaftliche Tätigkeiten getrennt werden.

15. Der Antragsteller erklärt, dass der Anteil aus dem Ausland aufgenommener Tiere 5 % der im Jahresmittel aufgenommen Tiere nicht übersteigt bzw. eine Ausnahmeerteilung im Sinne von 1.2. zweiter Spiegelstrich S. 2 FöR-TH vorliegt.

16. Der Antragsteller stimmt zur jederzeitigen unentgeltlichen Nutzung von Bild- und Tonaufnahmen für Veröffentlichungen und Darstellungen des Zuwendungsgebers zu.

17. Dem Antragsteller ist bekannt, dass

- kein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Zuwendung besteht,
- die Zahlungen insbesondere bei falschen, unvollständigen oder unterlassenen Angaben, bei der Nichterfüllung oder nicht rechtzeitiger Erfüllung oder Einhaltung der Bedingungen und Auflagen bzw. der übernommenen Verpflichtungen sowie bei Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen zuzüglich Zinsen zurückgefordert und Kürzungen sowie Sanktionen nach den einschlägigen Verordnungen, Richtlinien und sonstigen Bestimmungen verhängt werden können
- von der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen (*auch rückwirkend*) angefordert werden können, die zur Beurteilung der Antragsangaben erforderlich sind, insbesondere zur Bewertung der Vorhaben (*Evaluation*). Für diese Zwecke wird der Zuwendungsempfänger der Bewilligungsbehörde auf Anforderung über den Durchführungsstand des Vorhabens berichten, dabei eventuell auftretende Probleme aufzeigen und Gründe für eventuelle Verzögerungen darlegen und
- nur ein Förderantrag pro Kalenderjahr bewilligt werden kann.

18. Der Antragsteller erteilt für dieses Vorhaben sein Einverständnis zur einfachen elektronischen Kommunikation via E-Mail (*inklusive der Übermittlung von Bescheiden*)

Nein Ja, E-Mail Adresse für Dokumentempfang

E-Mail

19. Ergänzende Angaben und ggf. Anlagenübersicht

(soweit erforderlich - beispielsweise Stellungnahme Veterinäramt, ggf. auf gesondertem Blatt)

■ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Antrag (*einschließlich ergänzender Antragsunterlagen*) gemachten Angaben.

Ort, Datum

Unterschrift

Zusätzliche Erklärung nur für Gemeinden:

Der Antragsteller erklärt, dass er der Rechtsaufsichtsbehörde einen Abdruck des Antrags übermittelt hat, soweit diese nicht selbst Bewilligungsbehörde ist.

Ort, Datum

Unterschrift

Dienstsiegel

**zum Antrag auf Gewährung einer Zuwendung nach der Förderrichtlinie Tierheime – FÖR-TH
Nr. 2.1**

Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

- Formblatt A „Antrag auf Gewährung einer Zuwendung“ nach Nr. 2.1, abrufbar über das Internet im Bayernportal oder auf der Homepage der Regierung von Oberfranken jeweils unter der Leistung "[Tierheim; Beantragung einer Förderung](#)",
- ein Beschluss des zuständigen Organs des Antragstellers zur Umsetzung des Vorhabens sowie die Satzung des nichtöffentlichen Antragstellers,
- eine Einnahme-Überschuss-Rechnung des Antragstellers für das vorangegangene Kalenderjahr,
- Nachweis über die Anerkennung der Gemeinnützigkeit des Antragstellers durch das zuständige Finanzamt,
- Angaben über eigene Mittel, die für das Vorhaben zur Verfügung stehen (*Ausgabengliederung mit Kostenschätzungen für unentgeltliche Arbeitsleistungen und Mitteilung über zweckgebundene Geld- oder Sachspenden*).
- eine Eigenerklärung über den Bezug regelmäßiger kommunaler Leistungen (*zum Beispiel Pauschalbeitrag pro Einwohner*) zur Deckung der laufenden Ausgaben des Tierheims (*gilt nicht für kommunale Träger*),
- eine Darstellung der angestrebten Verbesserung für die unterzubringenden Heimtiere mit Planunterlagen (bei Hochbauten unter Verwendung der Muster 5 und 6 der VV zu Art. 44 BayHO)
- ein Nachweis über das Nutzungsrecht am Vorhabenstandort (*zum Beispiel durch eine Kopie des Miet- oder Pachtvertrags über die genutzten Flächen und Gebäude*) oder der Nachweis über die dingliche Berechtigung am Grundstück in Form eines Auszugs aus dem Grundbuch und
- Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 Nr. 3 TierSchG zum Betreiben eines Tierheims oder einer tierheimähnlichen Einrichtung.

Im Einzelfall kann die Bewilligungsbehörde auf die Vorlage einzelner Unterlagen verzichten oder weitere Unterlagen anfordern.

	<p>Sollten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, prüfen wir, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.</p> <p>Weitere Einschränkungen, Modifikationen und gegebenenfalls Ausschlüsse der vorgenannten Rechte können sich aus der Datenschutz-Grundverordnung oder nationalen Rechtsvorschriften ergeben.</p>
4. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde	<p>Ihnen steht weiterhin ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz zu. Diesen können Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:</p> <p>Postanschrift: Postfach 22 12 19, 80502 München Hausanschrift: Wagnmüllerstraße 18, 80538 München Telefon: +49 89 212672-0 Telefax: +49 89 217672-50</p> <p>Kontaktformular: https://www.datenschutz-bayern.de/service/complaint.html</p>
5. Zwecke der Datenverarbeitung	Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten, soweit diese zur Prüfung Ihres Antrages auf Gewährung einer Zuwendung notwendig ist.
6. Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung	Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchst. e DSGVO i.V.m. Art. 4 Abs. 1 BayDSG i.V.m. Art. 23, 44 der Bayerischen Haushaltsordnung i.V.m. Ziff. 6.4 FÖR TH
7. Kategorien der personenbezogenen Daten, soweit der betroffenen Person noch nicht bekannt	Entfällt
8. Quellen personenbezogener Daten, die nicht bei der betroffenen Person erhoben werden bzw. wurden	Entfällt
9. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten	<ul style="list-style-type: none"> Auftragsverarbeiter: Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung IT-Dienstleistungszentrum des Freistaats Bayern (IT-DLZ) St.-Martin-Straße 47 81541 München Telefon: +49 89 2119-0 E-Mail: datenschutz@ldbv.bayern.de <p>Ihre Daten werden zentral beim IT-DLZ gespeichert, da dieses die erforderliche Infrastruktur für die elektronische Datenverarbeitung der Verantwortlichen betreibt.</p>
10. Übermittlungen von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation	<ul style="list-style-type: none"> Staatsoberkasse Bayern in Landshut zum Zweck der Zahlungsabwicklung ggf. das Bayer. Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, der Bayerischen Obersten Rechnungshof und der Bundesrechnungshof zur Wahrnehmung der jeweiligen Kontrollrechte Unterlagen, die nicht mehr zur Erfüllung der Aufgaben benötigt werden, werden dem Archiv zur Übernahme angeboten.
11. Ggfs. Widerrufsrecht bei Einwilligungen	Entfällt

12. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten	Ihre Daten werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Ihre Daten werden gelöscht, wenn sie zur Erfüllung der Aufgaben nicht mehr erforderlich sind und das Archiv eine Entscheidung bzgl. der Übernahme getroffen hat, spätestens nach 12 Jahren bei Baumaßnahmen und 5 Jahren bei sonstigen Maßnahmen.
13. Pflicht/Keine Pflicht zur Bereitstellung der Daten	Die Angaben Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt freiwillig. Sofern Sie diese Daten nicht bereitstellen, kann dies allerdings zur Folge haben, dass Ihr Antrag nicht bearbeitet und eine Zuwendung nicht erteilt werden kann (vgl. Ziff. 6.4 FöR TH).